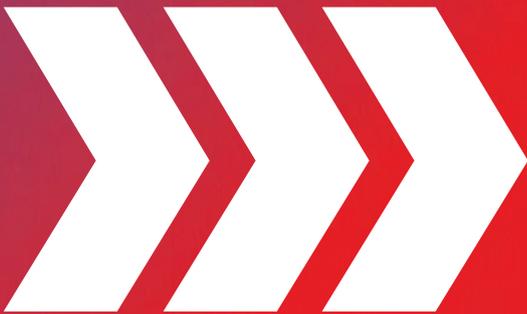




SPE-PARTEITAG
2022
ENTSCHLIESSUNG
Berlin, 14.-15. Oktober 2022

**MIT
MUT** 
FÜR EUROPA

EUROPA DURCH DEN WANDEL FÜHREN



Europa befindet sich mitten in einem entsetzlichen Krieg, den wir glaubten, nie wieder auf unserem Kontinent zu erleben. So wie viele Millionen europäischer Bürger*innen haben wir unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk bekundet, und wir werden der russischen Aggression weiterhin in jeglicher Form entgegenreten. Die **Solidarität mit dem ukrainischen Volk ist der Ausdruck unserer Liebe zur Freiheit, Demokratie und den Grundrechten.** Die Sozialdemokratische Partei Europas verurteilt rückhaltlos diese rechtswidrige, ungerechtfertigte und grundlose Aggression. Es ist klarer als je zuvor, dass die Welt der Freiheit und Gleichheit nur mit einer starken, gerechten und geeinten Europäischen Union, die sich für das Wohl aller Menschen einsetzt, verteidigt und gefördert werden kann. Gleichzeitig ist klar, dass der Krieg durch höhere Lebensmittel- und Energiepreise, unterbrochene Lieferketten und viele andere Faktoren Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat. Wir müssen dafür sorgen, dass Ungleichheiten beseitigt werden und nicht die Ärmsten den höchsten Preis zahlen. **Europa muss die aktuelle Dynamik nutzen, um sich zu einer Union zu entwickeln, die ihren Menschen Wohlstand bietet und den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist, unter anderem durch mehr Integration und mehr Zusammenarbeit.** Zeiten des Wandels und der Herausforderungen sind Zeiten für Einigkeit und entschlossenes Handeln.



In der Covid-19-Pandemie haben wir unsere Anstrengungen verstärkt, um die Schwächsten zu schützen, in die Daseinsvorsorge und leistungsstarke öffentliche Dienste zu investieren und eine starke und integrative wirtschaftliche Wiederbelebung in Gang zu bringen. Angesichts der Klimakrise haben wir den Grünen Deal vorgeschlagen, um sicherzustellen, dass der ökologische Wandel ohne Verzögerung und zum Nutzen aller erfolgt. Wenn die Rechte der Frauen verletzt werden, setzen wir uns für die vollständige Gleichstellung der Geschlechter ein. Wenn die Rechtsstaatlichkeit von rechtsradikalen und populistischen Regierungen und Politikern untergraben wird, erheben wir uns und verteidigen die Demokratie und die Menschenrechte. Wenn jungen Menschen ihre Zukunft genommen wird, kämpfen wir für eine Jugendgarantie und hochwertige Arbeitsplätze für Jugendliche. Jetzt, wo Putins Russland die Ukraine angegriffen hat, setzen wir uns für die Achtung des Völkerrechts und der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung sowie für das Recht der Ukraine auf Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität ein. Wir plädieren für eine stärkere Rolle der EU bei den internationalen Bemühungen, Russlands Angriffskrieg und die Invasion der Ukraine zu stoppen und stehen für den Schutz der Menschen ein, die vor dem Krieg fliehen, u.a. durch geschlechtersensible Maßnahmen, aber auch für den Schutz derjenigen, die im Land bleiben, um zu kämpfen, zu protestieren oder über den Krieg zu berichten, sei es durch Kunst, andere kulturelle Ausdrucksformen oder Journalismus. **Bei allen großen Herausforderungen der letzten Jahre haben die Sozialdemokrat*innen eine fortschrittliche Politik des Wandels vorangetrieben und diese Rolle müssen wir auch weiterhin übernehmen.** Unsere konservativen und liberalen Kontrahenten haben bereits Stellung gegen unsere jüngsten Errungenschaften bezogen und argumentieren, dass eine ehrgeizige Klimapolitik und die Förderung des gesellschaftlichen Wohlergehens unsere Union in diesen Kriegszeiten übermäßig belasten würden. Solchen kurzfristigen politischen Analysen müssen wir entschlossen entgegenreten. Nur ein in jeder Hinsicht nachhaltiges und sozial gerechtes Europa kann die strategische Autonomie erreichen, die im derzeitigen geopolitischen Kontext erforderlich ist. Angesichts der aktuellen Energiepreiskrise und zur Abwendung ihrer verheerenden sozialen Auswirkungen fordern wir einen **Europäischen Pakt für erschwingliche Energie und sozialen Zusammenhalt**, um die europäischen Bürger*innen und deren Kaufkraft durch die folgenden Eckpfeiler zu schützen:

- **Gewährleistung der Energiesicherheit** durch zuverlässige und erschwingliche Energieversorgung, u.a. durch gemeinsame Beschaffung.
- **Anpassung der Energiepolitik und der Vorschriften für staatliche Beihilfen**, damit die Länder ihre Bürger*innen und Industriebranchen in dieser Krise direkt unterstützen können und gleichzeitig über ausreichende finanzpolitische Flexibilität verfügen, um die erforderlichen ökologischen und digitalen Investitionen auf den Weg zu bringen und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.
- **Überarbeitung und Regulierung des Energiemarktes**, sodass die Volatilität und Spekulationen eingedämmt werden und die Gaspreise nicht mehr den Strompreis bestimmen, damit die Energiepreise im Zuge der Erhöhung des Anteils grüner Energiequellen über die kommenden Jahre effektiv gesenkt werden können.
- Frühestmögliche Umsetzung des **europäischen Rahmens zur Abschöpfung von Zufallsgewinnen** auf dem Energiemarkt noch in diesem Jahr und die Ermöglichung von Preisdeckeln, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und die finanzielle Nachhaltigkeit zu fördern.
- Weiterentwicklung und Anpassung des erfolgreichen Beschäftigungsförderungs-Instrumentes SURE, **um Millionen europäischer Arbeitnehmer*innen und Haushalte weiterhin zu unterstützen** und gleichzeitig das europäische Sozialmodell zu bewahren.
- **Stärkung unserer strategischen Unabhängigkeit durch massive Investitionen in nachhaltige alternative Energieträger**, in Verbundnetze und andere Infrastrukturen sowie in Innovationen, insbesondere Flüssigerdgas und Wasserstoff im Einklang mit dem Programm REPowerEU. Aufbau einer umfassenden europäischen Netz- und Speicherinfrastruktur, um in allen Gebieten der EU eine preiswerte und zuverlässige Energieversorgung zu sichern.
- Entwicklung einer koordinierten Strategie zur Förderung von Energieeinsparungen und Einrichtung einer EU-Taskforce zur Koordinierung der Energiesicherheit und Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

- Bekämpfung von Energiearmut und Sicherung der ununterbrochenen Bereitstellung von Energie für die am stärksten gefährdeten Haushalte.

Besonders Besorgnis erregend ist der stetige Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in einigen Mitgliedstaaten der EU und der Aufstieg der extremen Rechten. **Nationalisten, Extremisten und Populisten schüren Spaltung. Sie spielen mit den Sorgen und Zukunftsängsten der Menschen, um sich eine Existenzberechtigung zu verschaffen.** Politische Parteien wie die EVP und RENEW verhalten ihnen zu Regierungspositionen. Dies ist ein politischer und historischer Fehler, der die Demokratie untergraben kann und uns lediglich in unserer Entschlossenheit bestärkt, für ein Europa zu kämpfen, in dem jeder respektiert und unsere historische Erinnerung wachgehalten wird. Nationalismus und Populismus bieten keine echten Lösungen für die komplexen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaften stehen. **Als Sozialist*innen bekämpfen wir Nationalismus und Populismus prinzipiell, aber auch politisch.** Wir werden uns stets uneingeschränkt für eine EU der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Wir beobachten einen zunehmenden Einfluss transnationaler, finanziell gut ausgestatteter fundamentalistischer und rechtsgerichteter Organisationen, die eindeutig darauf abzielen, unsere Gesellschaften zu spalten, das demokratische Leben zu beeinträchtigen und die Rechte von Frauen und LGBTI weltweit und innerhalb der EU zurückzudrängen. Wir werden keine Rückschritte bei den Frauenrechten akzeptieren, denn die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen sind unverzichtbare und untrennbare Bestandteile der Menschenrechte. Sie sind daher die Grundlage und der Zweck der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und außerdem die besten Indikatoren für die Beschaffenheit und Widerstandsfähigkeit unserer Demokratien.

Unser Handeln beruht auf klaren Grundsätzen, was sich in dem Vertrauen widerspiegelt, das die Bürger*innen in den Städten,

Regionen, Ländern und auf europäischer Ebene weiterhin in uns setzen. **Wir haben unter Beweis gestellt, dass unsere Antwort, die auf mehr Solidarität und Nachhaltigkeit setzt, die wirkliche Alternative zur gescheiterten Sparpolitik ist, mit der auf die Finanzkrise von 2008 reagiert wurde.** Mit all unseren Ministerpräsident*innen und einer Beteiligung an 13 EU-Regierungen ist unsere Parteienfamilie gut aufgestellt, um mit geeigneten politischen Maßnahmen das Leben von Millionen von Europäer*innen zu verbessern. Wir streben nach vollständiger Gleichberechtigung, mehr Nachhaltigkeit und dem Ausbau von sozialem Schutz und Rechten. Die Parteien, Organisationen und Führungskräfte der SPE stehen hinter dem Grünen Deal, der Europäischen Säule sozialer Rechte, dem NextGenerationEU Aufbauplan, dem Beschäftigungsförderungsfond SURE, einem neuen Migrationspaket, dem Aktionsplan für Integration und Inklusion, der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter, der Strategie für die Gleichstellung von LGBTI, der Europäischen Kindergarantie, der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und dem Fonds für einen gerechten Übergang. Wir sind die Parteienfamilie, die dafür sorgt, dass der Wandel mit mehr Gerechtigkeit einhergeht. Wir sind die Parteienfamilie, die Veränderungen im Voraus erkennt und Lösungen bereitstellt. Wir sind die Parteienfamilie, die Solidarität und Stabilität sichert und niemanden zurücklässt. **Wir haben dafür gesorgt, dass Europa zügig zum Wohle seiner Bürger*innen gehandelt hat. Wir müssen den institutionellen Rahmen der EU jedoch rechtzeitig überprüfen, um sicherzustellen, dass die EU nicht nur auf Krisen reagiert, sondern über die strukturellen Voraussetzungen verfügt, um Krisen zu verhindern bzw. ihnen rasch und entschlossen entgegenzuwirken.** Wir wollen den Bürger*innen das Vertrauen geben, dass eine bessere Zukunft möglich ist und dass die nächste Generation die gleichen Rechte und bessere Lebensbedingungen genießen wird. Wir werden weiter darauf hinwirken, das Leben für alle Europäer*innen zu verbessern, weiterhin Wahlen zu gewinnen und aus den Europawahlen 2024 als stärkste Partei hervorzugehen.

PES

SOCIALISTS &
DEMOCRATS

**MIT
MUT** 
FÜR EUROPA



Die SPE errichtet eine Europäische Union, die den Menschen dient, ein Europa, das über geeignete Institutionen und Instrumente verfügt, um unser gemeinsames Ziel zu verwirklichen – eine **Sozialunion** mit hochwertigen Arbeitsplätzen und Integration, eine **Union der Gleichstellung**, die strukturelle Diskriminierung und Barrieren bekämpft, eine **Wirtschaftsunion** für gemeinsamen Wohlstand, Gerechtigkeit und Zusammenhalt, eine **Union der Nachhaltigkeit**, die niemanden zurücklässt, eine **Energieunion** für erschwingliche und klimafreundliche Energie, eine **Industrieunion** für Innovation und Zusammenhalt, eine **Gesundheitsunion** für alle, eine **demokratische Union** der Rechte, der Gleichberechtigung und Integration aller Bürger*innen, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten weltweit fördert, sowie eine **Verteidigungsunion** für Frieden und Stabilität. Wir sind entschlossen, alle notwendigen Entscheidungen zu treffen und den aktuellen europäischen Impuls dazu zu nutzen.

I. RESPEKT IN DER WELT

ÜBERGANG ZU EINEM REGELBASIERTEM MULTILATERALEN SYSTEM

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein Angriff auf die Souveränität der Ukraine, sondern auch auf die europäische Friedensordnung und die europäischen Werte. Als Europäer*innen und Sozialdemokrat*innen müssen wir gestützt auf die Grundwerte unserer Europäischen Union eine Antwort auf diese Bedrohung entwickeln. Unsere Antwort wird mit aller Deutlichkeit und im Einklang mit unseren Werten erfolgen. Wir bekunden unsere Unterstützung für das ukrainische Volk. Unsere Verpflichtung, das Recht der Ukraine auf vollständige Souveränität innerhalb der völkerrechtlich anerkannten Grenzen zu unterstützen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir werden der Ukraine weiterhin jegliche Unterstützung zukommen lassen, indem wir ihre Verteidigungskapazitäten fördern und die Ukrainer*innen unterstützen, die nach wie vor im Land leben oder die aufgrund des Krieges und der dadurch entstandenen humanitären Krise fliehen mussten. **Die SPE fordert die internationale Gemeinschaft auf, ein Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für die Ukraine zu entwickeln, um die ukrainische Wirtschaft, die Institutionen und öffentlichen Dienste sowie den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zu unterstützen.** Die Europäische Union muss eine führende Rolle übernehmen, wenn es darum geht, die Zerstörungen zu beseitigen und den Wiederaufbau voranzutreiben. Ein Grundprinzip des globalen Gleichgewichts besteht darin, dass Grenzen nicht durch Krieg oder Gewalt verändert werden. Putins reaktionäre Verweigerung dieses Prinzips ist der Versuch, die Welt um viele Jahrzehnte zurückzuwerfen. **Wir werden uns weiterhin für strenge Sanktionen einsetzen, bis sich die russischen Streitkräfte vollständig aus der Ukraine zurückziehen und ein gerechter Frieden wiederhergestellt ist.** Wir betonen die Geschlossenheit der EU im Umgang mit dem Krieg und seinen Folgen. Über die Geschehnisse in der Ukraine hinaus sind wir zutiefst besorgt über die autoritäre Wende in Russland und die Angriffe auf demokratische Kräfte,

Menschenrechtsverteidiger*innen und Medien im In- und Ausland. Zudem prangern wir die brutale Unterdrückung der demokratischen Opposition in Weißrussland und die Unterstützung der dortigen Diktatur für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine an. **Wir sind ebenfalls bereit, andere Regionen der Welt bei der Bewältigung der Folgen dieses Krieges zu unterstützen, insbesondere wenn es darum geht, die weltweite Ernährungssicherheit vor allem für die Schwächsten im globalen Süden zu gewährleisten.** Wir müssen unsere öffentliche und strategische Kommunikation verstärken, um russischer Desinformation und Anti-EU-Propaganda entgegenzuwirken. Die derzeitige Nahrungsmittelkrise wurde nicht durch die EU oder die gegen Russland verhängten Sanktionen hervorgerufen, die weder die Einfuhr russischer Agrarerzeugnisse oder Düngemittel noch die Bezahlung solcher Produkte verbieten, sondern sie entstand durch den von Russland begonnenen und geführten Krieg gegen die Ukraine. Die EU engagiert sich mehr als jeder andere in der Welt, um die von der russischen Invasion betroffenen Länder bei der Bewältigung der Folgen zu unterstützen. Allein für die Ernährungssicherheit stellt die EU bis 2024 7,7 Mrd. Euro bereit, und wir Sozialdemokrat*innen werden uns falls nötig für die Verlängerung dieser Hilfen einsetzen. Die Krise in der Ukraine hat gezeigt, wie dringend eine nachhaltige Veränderung unseres Lebensmittelsystems ist. Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung dieser Notlage sind Investitionen in klimaresistente Nahrungsmittelsysteme in Zusammenarbeit mit Kleinbauern und Fischern. Unser besonderer Fokus liegt auf jenen Gebieten in der Welt, die von Hungersnöten bedroht sind. Als Europäer*innen sind wir stolz darauf, dass wir uns unerschütterlich für den Internationalen Strafgerichtshof als unabhängige Einrichtung einsetzen, die von Einzelpersonen begangene Kriegsverbrechen unparteiisch untersucht und strafrechtlich verfolgt und sich dabei von Rechtsstaatlichkeit und nicht der Herrschaft der Waffen leiten lässt. Wir plädieren ebenfalls für die Einrichtung eines internationalen Ad-hoc-Tribunals zur Untersuchung und Verfolgung von Verbrechen, die während der russischen Aggression gegen die Ukraine begangen wurden.

KILOWATT - HOUR METER

Europa hat beherzte Maßnahmen ergriffen, um sich aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu befreien und alternative Energieträger zu erschließen. **Die EU muss unsere strategische Autonomie sichern, die Abhängigkeit von anderen Ländern verringern und gleichzeitig die Bereitstellung sauberer und für alle erschwinglicher Energie gewährleisten.** Dies ist ein radikaler Wandel mit weitreichenden Folgen, der jedoch dringend notwendig ist. **Der Grüne Deal ist ein zentrales Element, um eine ökologische strategische Autonomie Europas zu erreichen.** Darüber hinaus bietet der vorgelegte und von unserer Parteienfamilie unterstützte Strategische Kompass den Rahmen für die Stärkung der Rolle der EU in der Welt als zuverlässigerer Partner und Sicherheitsgarant, für die Stärkung der Autonomie der EU und damit für unsere Fähigkeit, unsere Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte zu verteidigen und zu fördern. **Wir unterstützen eine stärkere Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Ergänzung zur NATO.** Dazu gehören konkrete gemeinsame Entwicklungs- und Beschaffungsmaßnahmen, **koordinierte Verteidigungsausgaben, die Bekämpfung hybrider Bedrohungen, von Cyberangriffen und Desinformation sowie die Stärkung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit und der Verteidigungsindustrie der EU.** Die europäische Zusammenarbeit und Integration zur gemeinsamen Entwicklung eines **europäischen Rahmens für ein Luftverteidigungssystem ist dabei von besonderer Bedeutung. Wir wollen, dass bis 2025 ein echtes europäisches Hauptquartier und eine Schnelle Eingreiftruppe geschaffen werden und ein eigener Rat der EU-Verteidigungsminister eingerichtet wird,** wobei die spezifische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten gewahrt bleibt. Wir unterstützen die NATO-Mitgliedschaft von Finnland und Schweden und begrüßen die Entscheidung Dänemarks, seine Ausnahmeregelung hinsichtlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU aufzuheben.

Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern **müssen wir uns nachhaltig dafür einsetzen, dass das multilaterale System wiederhergestellt und verstärkt wird.** Dies ist der beste Rahmen, den die Menschheit zur Förderung von Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Nationen geschaffen hat. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinten Nationen stärken und die Ressourcen des Global Gateway nutzen und ausbauen, um die Beziehungen zu Partnern zu verbessern, die sich für Demokratie, Frieden, Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit einsetzen. **Wir unterstützen die Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und die Republik Moldau sowie die Bereitschaft, Georgien diesen Status zu verleihen.** Die Zukunft dieser Länder liegt in der Europäischen Union, und wir wollen, dass dies so schnell wie möglich geschieht, sobald sie alle Beitrittskriterien, einschließlich

der Kriterien für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, erfüllen. Die SPE begrüßt alle Bemühungen und das Engagement des UN-Generalsekretärs für eine Lösung des Konflikts.

Bezüglich des Balkans **begrüßen wir die Aufnahme von Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien** und drängen darauf, dass alle notwendigen Reformen und Verfahren für einen künftigen Beitritt zur EU so schnell wie möglich abgeschlossen werden. **Gleichzeitig müssen wir die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien fortsetzen und dabei auf der Einhaltung der Grundwerte bestehen. Wir sind bereit, Bosnien und Herzegowina den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren,** wobei wir auf der Umsetzung aller politischen Verpflichtungen und notwendigen Reformen bestehen. **Was den Kosovo betrifft, so bestehen wir darauf, dass die Visaliberalisierung unverzüglich umgesetzt wird.** Wie die Europäische Kommission und das Europäische Parlament bereits seit mehreren Jahren festgestellt haben, sind alle Voraussetzungen dazu erfüllt. Darüber hinaus sind wir bereit, eine rasche Vertiefung der Integration der Schweiz in die EU-Familie auf der Grundlage eines für beide Seiten vorteilhaften institutionellen Rahmenabkommens zu unterstützen, und wir wollen die Zusammenarbeit auf neue Bereiche ausweiten.

Die EU muss ihre Souveränität in den Schlüsselbereichen Industrie und Digitalisierung, Gesundheit, Verteidigung, Lebensmittel, Finanzdienstleistungen und Energie stärken. Um die europäische Souveränität zu gewährleisten, müssen wir die Mittel zur Verfügung haben, um unsere Geschicke selbst zu bestimmen. Europa wird auch weiterhin ein verlässlicher internationaler Partner sein und wir werden unsere Werte in den Bereichen Entwicklung und Handel fördern, denn wir wissen, dass sich kein Land auf sich allein gestellt in unserer modernen Welt erfolgreich entwickeln kann. Die multilaterale Zusammenarbeit bildet die Grundlage für unser internationales Auftreten. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir verbindliche Regeln für die Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes sowie für die Rechenschaftspflicht der Unternehmen verabschieden, einschließlich eines Verbots von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Diese Regeln sollten für die gesamte Wertschöpfungskette der Unternehmen und deren Geschäftsabläufe innerhalb und außerhalb der Union unter Achtung der von den Vereinten Nationen und der OECD angenommenen internationalen Standards gelten. **In allen multilateralen Gremien müssen wir uns weiterhin für die Verwirklichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens einsetzen.** Wir werden weiterhin konstruktive und gleichberechtigte Partnerschaften, Stabilität, Sicherheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in allen



Regionen der Welt, einschließlich Asiens, Afrikas, des Nahen Ostens, der Länder der Östlichen Partnerschaft sowie Lateinamerikas und der Karibik unterstützen. **Die Covid-19-Pandemie ist noch nicht vorbei, und die EU muss ihre Bemühungen um internationale Impfstoffsolidarität mit dem globalen Süden verstärken** und ihre Unterstützung für die COVAX-Fazilität und die Stärkung der Gesundheitssysteme der Entwicklungsländer fortsetzen. Das Rahmenübereinkommen über Pandemievorsorge und -reaktion, über das zurzeit in der Weltgesundheitsorganisation verhandelt wird, muss als Impuls für nachhaltige weltweite Investitionen in die öffentliche Gesundheit dienen. **Gleichzeitig muss die EU über eine starke und stabile Impfstoff- und Pharmaindustrie verfügen.** Zu diesem Zweck muss die Europäische Kommission die freiwillige gemeinsame Beschaffung von Behandlungen, Materialien und Ausrüstungen auch außerhalb von Krisensituationen erleichtern. Diese beiden Ziele dürfen nicht durch Wettbewerbsregeln behindert werden. **Wir wollen eine wirksame, langfristige EU-Strategie für die globale Gesundheit entwickeln.** Nach den negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie brauchen wir mehr denn je eine umfassende und integrierte globale Antwort auf die Herausforderungen künftiger Gesundheitskrisen, um widerstandsfähige und gleichberechtigte Gesellschaften zu errichten.

Wir wollen starke und konstruktive transatlantische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten pflegen und unseren Dialog über Handelsfragen fortsetzen, um eine gemeinsame fortschrittliche Agenda für

Sozial- und Umweltstandards zu erarbeiten. Wir werden uns weiterhin mit unseren internationalen Partnern für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, für faire Regeln im Welthandel und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, auch in Bezug auf soziale Rechte, Gleichstellung der Geschlechter und Klimawandel einsetzen. Wir verurteilen jegliche Handlungen oder Besetzungen, die die Integrität und Souveränität einer Nation irgendwo in der Welt verletzen. Dies gilt auch in Zypern auf unserem Kontinent. Wir werden unsere Beziehungen zu unseren Partnern in Lateinamerika mit einer ehrgeizigen Handels- und Investitionsagenda weiter pflegen und stärken. In der unmittelbaren Nachbarschaft der EU wollen wir unsere Beziehungen zu den östlichen und südlichen Nachbarländern, dem Nahen Osten und Nordafrika ausbauen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ fördern, um u. a. die Lebensstandards in diesen Regionen zu verbessern und damit zur Bekämpfung der langfristigen Ursachen von Flucht und Vertreibung beizutragen. Wir wollen auch die Partnerschaft Afrika-EU stärken, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und gemeinsame Wege zu finden, indem wir nachhaltiges Wachstum und den ökologischen und digitalen Wandel beschleunigen und gemeinsame Herausforderungen lösen, unter anderem in Bereichen wie Gesundheit, Migration, Ernährungssicherheit und allgemeinen Sicherheitsaspekten. In diesem Sinne betrachten wir den Abschluss eines Cotonou-Nachfolgeabkommens als besonders wichtigen Schritt.



VERÄNDERUNGEN ZUM SCHUTZ VON MENSCHEN IN NOT

Durch den Krieg in der Ukraine wurden Millionen Menschen in die EU und andere Nachbarländer der Ukraine vertrieben. **Wir sind stolz auf das anhaltende Engagement der Europäer*innen, denen, die Asyl und Schutz benötigen, diese Hilfe zu gewähren.** Es ist nicht das erste Mal in den zurückliegenden Jahren, dass die EU einen massiven Zustrom von Menschen erlebt, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. **Das Recht auf Schutz und Asyl muss für alle gelten, unabhängig von der Herkunft oder anderen Faktoren.** Die europäischen Nationen und die EU haben eine besonders starke, gemeinsame Verpflichtung gegenüber Flüchtlingen aus unserer eigenen europäischen Region, was auch in der Reaktion der EU auf die ukrainischen Flüchtlinge zum Ausdruck kam. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn es darum geht, Menschen, die vor Konflikten und Verfolgung fliehen, unabhängig von ihrer Herkunft Asyl, Schutz und eine menschenwürdige Behandlung zu bieten. Die Geschlossenheit, mit der die Länder und Bürger*innen der EU auf die Krise in der Ukraine reagiert haben, und die rasche Aktivierung des vorübergehenden Schutzes sind ein Beweis dafür, dass wir mit einer solidarischen Politik auch die größten Krisen bewältigen können. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Schutz von Kindern und Frauen gewidmet werden, die die Mehrheit der vertriebenen Flüchtlinge aus der Ukraine ausmachen. Da Hunderttausende von vertriebenen schutzbedürftigen Familien nach Möglichkeiten suchen, sich fern der Heimat zu versorgen, ist die Gefahr von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung, geschlechtsspezifischer Gewalt und konfliktbedingter sexueller Gewalt sehr hoch. Gleichzeitig muss der Zugang zum

allgemeinen Bildungssystem und zur Berufsausbildung für diejenigen bereitgestellt werden, die noch in Ausbildung stehen, damit sie erlebte Traumata überwinden und wieder ein halbwegs normales Leben führen können.

Diese Krise muss zu einem Wendepunkt in Europa führen, bei dem sich eine fortschrittliche Einstellung zu den Themen Asyl und Migration durchsetzt, die für alle Flüchtlinge, Menschen mit Migrationshintergrund und die aufnehmende Gesellschaft gilt, und zur Annahme und Umsetzung aller von unserer Parteienfamilie vorgeschlagenen einschlägigen Maßnahmen führt. Jetzt ist es an der Zeit für eine rasche Einigung über den Pakt für Migration und Asyl, die Bekämpfung von Schleusern und Menschenhändlern auf der Grundlage der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels und für die Stärkung der Zuständigkeiten, der Rolle und der Transparenz von Frontex sowie für ein koordiniertes und ausreichend finanziertes EU-Konzept für Such- und Rettungsmaßnahmen, um Menschenleben zu retten. Wir unterstützen auch die Schaffung von humanitären legalen Wegen und wirksamen Möglichkeiten für die Arbeitsmigration. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Drittländern, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, ist dazu unerlässlich. Bei einer fortschrittlichen Asyl- und Migrationspolitik muss mehr als nur die Ankunft der Menschen oder deren Herkunftsländer im Fokus stehen. **Wir müssen daher den EU-Aktionsplan für Integration und Inklusion** umsetzen und dabei besonderes Augenmerk auf unbegleitete Minderjährige, Menschen aus benachteiligten Gruppen und Frauen legen. Integration und Inklusion erfolgen hauptsächlich auf lokaler Ebene. Deshalb müssen wir die regionalen und lokalen Behörden bei der Bewältigung der Veränderungen und der Förderung selbstbestimmter und inklusiver Integrationsmaßnahmen unterstützen.

II.

RESPEKT GEGENÜBER DEM PLANETEN

ÜBERGANG ZU NACHHALTIGEN GESELLSCHAFTEN

Es müssen dringend Maßnahmen zur Beendigung der Klimakrise getroffen werden. Dies war schon vor dem Krieg der Fall und ist nun noch dringlicher geworden. Der Übergang zu einer grüneren und gerechteren Gesellschaft und die Abschwächung des Klimawandels sind eine unbestrittene Notwendigkeit. Wie dieser Wandel jedoch vollzogen wird und welche Auswirkungen sich daraus für unseren Alltag ergeben, hängt wiederum von unseren politischen Entscheidungen ab. Als SPE setzen wir uns dafür ein, dass wir **im Rahmen des Europäischen Grünen Deals so schnell wie möglich zu neuen Wirtschafts-, Industrie- und Agrarsystemen übergehen und dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird und nicht am Ende die Arbeiterklasse und die Schwächsten der Gesellschaft die Rechnung bezahlen** und die Folgen erleiden. Durch geeignete Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Wandel im Zuge der Umsetzung des Grünen Deals können wir dynamische Volkswirtschaften, Umweltschutz und Lebensqualität mit einem wahrhaft sozialen Europa in Einklang bringen. Der Grüne Deal ermöglicht es den Verbraucher*innen, den ökologischen Wandel aktiv mitzugestalten und davon zu profitieren. Bei der Bewältigung von Klimawandel und Umweltproblemen spielen die Gewohnheiten und Entscheidungen der Verbraucher*innen eine wichtige Rolle. Instrumente wie die Initiativen zur Stärkung der Verbraucher*innen

für den ökologischen Wandel oder das „Recht auf Reparatur“ können dazu dienen, Konsum und Produktion nachhaltiger zu gestalten. Durch die Klima- und Umweltkrise könnten jedoch auch ganz neue Ursachen sozialer Ungerechtigkeit entstehen. Wenn nichts gegen solche neuen Formen der Ungerechtigkeit getan wird, werden sich weitere Ungleichheiten ergeben und unsere soziale Krise wird sich in einem ständigen Teufelskreis weiter vertiefen. **Als fortschrittliche Kräfte setzen wir uns für die Verknüpfung von ökologischem und sozialem Fortschritt ein.**

Mit Instrumenten und Initiativen wie der Renovierungswelle, dem Fonds für einen gerechten Übergang und dem Sozialen Klimafonds, aber auch durch einen gezielten Einsatz der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und die Einbeziehung von Investitionen und Reformen im Energiebereich in die Aufbau- und Resilienzfazilität durch die Programme REPowerEU und NextGenerationEU können wir all diejenigen unterstützen, die ansonsten durch den Übergang in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Der Einsatz mehrerer Instrumente sollte abgestimmt erfolgen und so gestaltet werden, dass bei der Umsetzung kein zusätzlicher Aufwand für die örtlichen Behörden entsteht. Die EU unterstützt Regionen, Städte, Küsten- und ländliche Gebiete bei der **Stärkung und Weiterentwicklung eines nachhaltigen und erschwinglichen öffentlichen Nahverkehrs – u.a. durch unentgeltliche Angebote für bestimmte Zielgruppen** wie Jugendliche, ältere Menschen und Familien mit geringem Einkommen –, bei der Renovierung und dem Bau neuer



bezahlbarer und nachhaltiger Wohnungen, bei der Isolierung älterer Gebäude und Sozialwohnungen und bei der Bereitstellung erschwinglicher Energie für alle in Europa. Dies ist angesichts der aktuellen geopolitischen Lage und der erhöhten Energiepreise infolge des Krieges in der Ukraine besonders wichtig. **Wir bekämpfen Energiearmut und sorgen dafür, dass alle Bürger*innen Zugang zu erschwinglicher Energie haben.** Wir begrüßen daher die von unseren Regierungen getroffenen konkreten Maßnahmen, um die Bürger*innen in dieser Energiekrise zu entlasten. Im Zuge der anhaltenden Energiekrise ist jedoch darauf zu achten, dass durch kurzfristige Lösungen keine falschen Anreize entstehen, mit denen die weitere Nutzung fossiler Brennstoffe gefördert und die Betreiber von Infrastrukturen für fossile Brennstoffe mit Subventionen belohnt werden. Da die derzeitige Krise deutlich macht, dass die Inflationsdynamik eher auf die Kosten und die Volatilität fossiler Energieträger als auf Maßnahmen zum Übergang zu einem System der erneuerbaren und gerechten Energieversorgung zurückzuführen ist, betonen wir die Notwendigkeit struktureller Reformen, um die vorherrschenden Ungleichheiten und Energiearmut zu bekämpfen. Angesichts neuer Höchststände bei den internationalen Energiepreisen, **müssen wir die Zufallsgewinne bei Energieunternehmen abschöpfen, um für eine gerechte Lastenverteilung in unseren Gesellschaften zu sorgen.** **Wir werden die Kaufkraft der Europäer*innen stärken. Wir setzen uns für eine stärkere Energieunion** und die Energieautonomie der EU ein. Dazu verringern wir mit REPowerEU unsere Abhängigkeit von Russland, beschleunigen die Einführung erneuerbarer Energiequellen und investieren in Verbundnetze, erhöhen die Energieeffizienz und fördern strukturelle Veränderungen zur Senkung der Energienachfrage, um für die aktuelle Krise und künftige Preisschocks gewappnet zu sein. Europa muss in eine umfassende Netz- und Speicherinfrastruktur und in einen integrierten Energiebinnenmarkt investieren, der überall in der EU kostengünstige und zuverlässige Energie bereitstellt, und die unterschiedlichen Potenziale und Energiequellen aller Mitgliedstaaten dazu erschließen.

Mit dem Grünen Deal wird die EU rasch einen Weg der ökologischen Nachhaltigkeit einschlagen, der auf einem fairen und gerechten Übergang beruht. Die EU sichert diesen Übergang durch politische Maßnahmen unserer Parteienfamilie ab, u. a. das Klimagesetz und das Paket „Fit for 55“, die Förderung der Kreislaufwirtschaft und einer nachhaltigeren Landwirtschaft sowie durch Umweltsteuern auf Emissionen, Kerosin und Plastik und den Einsatz des CO₂-Grenzausgleichssystems zur Vermeidung einer Verlagerung von CO₂-Emissionen. Der Grüne Deal wird zu grundlegenden und positiven gesellschaftlichen Veränderungen führen. Europas Investitionsstrategie muss darauf abzielen, den Übergang zu beschleunigen, die Kosten abzufedern und die zusätzlichen Anstrengungen auszugleichen, die erforderlich sind, um diesen Übergang sozial gerecht zu gestalten. Mit einem geeigneten Rahmen und einer guten Umsetzung des ökologischen Wandels wird auch mehr Gleichheit geschaffen. Dazu müssen wir die Regionen und Gebiete unterstützen, die von den Auswirkungen der Veränderungen besonders stark betroffen sind. Für Regionen, die unter dem Niedergang der Industrie, ländlicher Verödung und städtischer Segregation leiden, müssen langfristige Lösungen gefunden werden. Die territoriale Gerechtigkeit ist untrennbar mit einem fairen sozialen und ökologischen Wandel verbunden. Durch den Wandel werden auch mehr und bessere Arbeitsplätze entstehen und bessere Voraussetzungen für die körperliche und geistige Gesundheit und das Wohlergehen der Bürger*innen geschaffen, da die biologische Vielfalt gefördert und die europäischen Wälder, die Luft, das Wasser, die Böden, Ozeane und Meere im Zuge einer ökologischen, sozialen und gerechten Gemeinsamen Agrarpolitik geschützt werden. **Wir betrachten den Zugang zu sauberer Luft und sauberem Wasser als Menschenrecht. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen müssen gleichzeitig und mit der gleichen Dringlichkeit gelöst werden.** Darum geht es auch bei den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung. Die zunehmenden Herausforderungen für die Nachhaltigkeit des Lebensmittelsystems müssen deshalb stärker in den Fokus gerückt werden. Die GAP muss eine umfassende und kohärente Politik gewährleisten, die die Bereiche Landwirtschaft, Ernährung, biologische Vielfalt und Klima abdeckt.

III.

RESPEKT GEGENÜBER DEN MENSCHEN



ÜBERGANG ZU GESELLSCHAFTEN DES WOHLERGEHENS

Die Beseitigung aller Ungleichheiten wird stets das zentrale Anliegen unserer politischen Bewegung sein. Wir haben in unserer Geschichte und seit den letzten Europawahlen viel erreicht. Jetzt wollen wir unsere Anstrengungen verstärken, um noch schneller und für noch mehr Menschen positive Veränderungen herbeizuführen. **Wir sind entschlossen, für Wohlstand und mehr Gerechtigkeit zu sorgen.** Wir setzen uns für ein befriedigendes Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben ein, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir müssen die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt durch einen integrativen Ansatz bewältigen, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht.

Soziale Ungleichheit und Einkommensgefälle, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, auf dem Arbeitsmarkt, bei hochwertiger Gesundheitsversorgung, Bildung oder Wohnraum oder Diskriminierungen aus anderen Gründen haben in unseren Gesellschaften keinen Platz. Nach der Covid-19-Pandemie, von denen unsere Volkswirtschaften stark betroffen waren, bringt der Krieg in der Ukraine noch gravierendere Folgen mit sich, bei denen wir Abhilfe schaffen müssen. **Wir müssen dringend handeln.**

Vollbeschäftigung und eine Arbeitsplatzgarantie stehen weiterhin im Zentrum unseres fortschrittlichen politischen Engagements. Als Sozialdemokrat*innen **stellen wir das Wohl der Menschen und die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns** in der EU und in unseren Ländern, wie es die Sozialgipfel von Göteborg und Porto bezeugen. Wir unterstützen daher das alle



zwei Jahre stattfindende hochrangige Sozialforum in Porto, auf dem eine Bestandsaufnahme des sozialen Fortschritts in der EU erfolgt. Es ist an der Zeit, die Sozial- und Gesundheitsunion auszubauen. Wir müssen den im Mai 2021 mit dem Gipfel von Porto begonnenen Weg fortsetzen, um die EU mit den Instrumenten zur Unterstützung der Sozial- und Gesundheitssysteme auszustatten. Mit der Europäischen Säule sozialer Rechte und den im kürzlich verabschiedeten Aktionsplan festgelegten sozialen Zielen verbessern wir nicht nur das Leben der Menschen heute, sondern bereiten uns auch auf die Veränderungen von morgen vor. **Die Verträge müssen deshalb ein Protokoll des sozialen Fortschritts enthalten:** Ohne soziale Grundrechte gibt es keine wirkliche Freiheit. Wir halten an dem Ziel „Null tödliche Arbeitsunfälle“ fest und fordern einen EU-Aktionsplan, um dieses Ziel zu erreichen. **Bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen hohe Sozialstandards und gute Praktiken bei den Tarifverhandlungen gefördert werden.** Die Bekämpfung aller Formen von Armut und der Wiederaufbau sozialer Sicherheitsnetze, um die Bürger*innen vor Leid und Entbehrungen zu schützen, betrachten wir in diesem Zusammenhang als besonders dringliche Aufgabe. Angesichts der anhaltend hohen Armutsquoten in Europa und der durch die hohe

Inflation verursachten Krise im Bereich der Lebenshaltungskosten **plädieren wir für die Einführung eines europäischen Gesetzes zur Armutsbekämpfung**, das die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, auf die vollständige Beseitigung der Armut in Europa bis 2050 hinzuwirken.

Tagtäglich kämpfen wir für qualitativ hochwertige und nachhaltige Arbeitsplätze, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, faire und angemessene Mindestlöhne unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten und eine gerechte Arbeitskräftemobilität. **Wir kämpfen für Lohntransparenz und die Neubewertung des sozialökonomischen Werts der Arbeit** in Bereichen mit einem hohen Frauenanteil. Wir setzen uns für den Schutz aller Arbeitnehmer*innen und dafür ein, dass Plattformarbeiter*innen die gleichen Rechte wie andere Arbeitnehmer*innen genießen. Durch die Zunahme der Telearbeit und den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien hat sich die Grenze zwischen Ruhe- und Arbeitszeiten zunehmend verwischt. **Wir verteidigen das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Nichterreichbarkeit. Wir plädieren für eine Verkürzung der Arbeitszeiten**, damit die

Arbeitnehmer*innen ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen besser vereinbaren können. Arbeitslosigkeit ist eine menschliche Tragödie, die wir bekämpfen müssen, u. a. mit innovativen Vorschlägen wie Gebieten mit Null Langzeitarbeitslosigkeit. Unser Ziel ist die Schaffung einer Arbeitsplatzgarantie und die Vollbeschäftigung durch Nutzung der enormen Potenziale des ökologischen und digitalen Wandels. Die von unseren Regierungen unternommenen konkreten Maßnahmen und die dabei erzielten guten Ergebnisse sprechen für sich. **Unsere Parteienfamilie stand hinter dem SURE-Instrument**, mit dem die Regierungen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Coronakrise aufzufangen, die Arbeitslosigkeit eindämmen und die Bürger*innen schützen konnten. **Durch die Weiterentwicklung dieser erfolgreichen Initiative zu einem ständigen Instrument könnten es die Länder in aktuellen und künftigen Notfallsituationen nutzen.** Wir setzen uns für gut finanzierte und inklusive Schulen, frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sowie Infrastrukturen für langfristige Betreuung, Krankenhäuser, häusliche Pflege und andere auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete öffentliche Dienstleistungen ein. Wir kämpfen gegen Ungleichheiten bei der gesundheitlichen Versorgung und dafür, dass alle Europäer*innen Zugang zu optimaler Gesundheitsversorgung erhalten. **Wir brauchen eine EU-Strategie für psychische Gesundheit**, um bestehende Ressourcen und Bedürfnisse zu ermitteln, Stigmatisierung zu bekämpfen und Standards und Verfahren zu verbessern. Wir kämpfen ebenfalls gegen Ungleichheiten in der Pflege und setzen uns dafür ein, dass alle Europäer*innen die von ihnen benötigte tägliche Unterstützung erhalten und die Pflege nicht als Last, sondern als ein Grundwert betrachtet wird. Die künftigen Generationen sind für uns eine Priorität: **Unsere Parteienfamilie hat die Europäische Jugendgarantie und die Europäische Kindergarantie ins Leben gerufen.** Wir unterstützen die jüngeren Generationen bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind. Junge Menschen in ganz Europa haben massiv und unverhältnismäßig stark unter den Auswirkungen der aufeinander folgenden Krisen gelitten. Ihnen sind Chancen auf Bildung, Beschäftigung und Selbstentfaltung entgangen, was zu finanziellem Druck, höherem Armutrisiko und sozialer Ausgrenzung sowie einer schlechteren psychischen Verfassung führte. In diesem Europäischen Jahr der Jugend stellen wir ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt unserer Agenda, indem wir uns mit den Jungen Europäischen Sozialdemokraten in unserer Kampagne „It’s Up To YOUth“ zusammenschließen, die gemeinsam mit der SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen, jungen Kommunalpolitiker*innen und jungen Aktivist*innen durchgeführt wird. **Wir werden uns weiterhin einsetzen für eine kostenlose, qualitativ hochwertige Bildung auf allen Ebenen** (einschließlich

umfassender Unterstützung für Studierende in finanziellen oder sozialen Schwierigkeiten), für die automatische gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, für die Anerkennung außerschulischer und informeller Lernerfahrungen, für eine verstärkte Jugendarbeit, für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit angemessenen Löhnen und stabilen Verträgen, für bezahlte Praktika sowie für den gleichberechtigten Zugang zu Einrichtungen der körperlichen, geistigen, sexuellen und reproduktiven Gesundheitsfürsorge. **Wir stehen für die Solidarität zwischen den Generationen** und sorgen **für altersgerechte Gemeindeeinrichtungen mit erschwinglichen Betreuungsleistungen für alle Altersgruppen**, faire und geschlechtergerechte Renten für Frauen und Männer, indem wir die Benachteiligung von Frauen z. B. durch zusätzliche Mutterschaftsleistungen nach dem Vorbild Spaniens ausgleichen. Wir setzen uns für ein sicheres Lebens- und Arbeitsumfeld ein, für inklusive Gesellschaften, in der alle eine Rolle spielen und sich ohne Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt entfalten können. **Wir setzen uns für das Recht auf Wohnen und ein europäisches Programm für erschwinglichen Wohnraum ein, mit dem die Regeln für staatliche Beihilfen geändert werden**, damit nationale und lokale Behörden mehr in den sozialen Wohnungsbau investieren können. Bei diesen Bemühungen setzen wir auf den sozialen Dialog und die zentrale Rolle der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitnehmer*innen, u.a. beim Übergang zu neuen Arbeitsformen. Starke Sozialstaaten, gut finanzierte öffentliche Dienste und Arbeitnehmer*innen, die einen guten Lebensstandard und gute Beschäftigungsbedingungen genießen, sind die beste Vorbereitung unserer Gesellschaften auf unvorhersehbare Ereignisse.

All dies muss durch eine starke Wirtschaftspolitik, die allen zugutekommt, abgesichert werden. **Die jüngsten Krisen haben gezeigt, dass wir mit unserem Argument richtig lagen, dass öffentliche Investitionen der Schlüssel zu einer soliden, nachhaltigen und gerechteren Wirtschaft sind.** Durch die Sparpolitik der Liberalen und Konservativen wurden die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen vor dem Ausbruch der Pandemie stark geschwächt. Die aktuelle Energiekrise bestätigt zudem ebenso wie die Covid-19-Krise, dass wir gemeinsam handeln müssen. Wir können unsere Zukunft nicht den Märkten überlassen und sie auch nicht als Mitgliedstaaten getrennt voneinander bewältigen, ansonsten besteht die Gefahr, dass sich unser Binnenmarkt und unsere Gesellschaften zersplittern. **Für uns dürfen wirtschaftliche Angelegenheiten keinen Vorrang vor sozialen Fragen und dem Wohlergehen der Bürger*innen haben. Wirtschaftliche Verantwortung und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen.** Wirtschaftswachstum darf nicht nur quantitativ, sondern muss auch qualitativ bemessen werden und u.a. das

Wohlergehen widerspiegeln. Ohne Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung, in die Alten- und Langzeitpflege, in eine erschwingliche und hochwertige Gesundheitsversorgung, in psychische Betreuung und in die Pflege für alle, wird es uns nicht gelingen, unsere Gesellschaften gleichberechtigter zu gestalten. Da sich viele Herausforderungen über nationale Grenzen hinaus erstrecken, müssen neue Lösungen auf europäischer Ebene gefunden werden, um Investitionen in den ökologischen Wandel voranzutreiben, die Rolle Europa beim digitalen Übergang zu stärken und Gewinne für die öffentliche Hand zu sichern. Der dadurch erzielte Wohlstandsgewinn muss auf alle gesellschaftlichen Gruppen gerecht verteilt werden. **Der Erfolg von NextGenerationEU, dem größten jemals aufgelegten europäischen Investitionsprogramm, auf das wir stolz sind, ist ein gutes Beispiel dafür. Wir plädieren weiterhin für dauerhafte, langfristige EU-Investitionskapazitäten mit echter europäischer Solidarität**, aufbauend auf dem Erfolg von NextGenerationEU, sowie für einen ambitionierten EU-Haushalt, der Gleichstellungsaspekte berücksichtigt und ausreichend ausgestattet ist, um auf die aktuellen und neuen Herausforderungen mit umfassenderen Eigenmitteln zu reagieren. Wir wollen einen Ausbau der Kapitalmarktunion, die Vollendung der Bankenunion zum Schutz der Einlagen der Bürger*innen sowie eine Reform der Steuervorschriften. **Wir wollen eine progressive Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts**, um ihn an die aktuellen Anforderungen und Gegebenheiten anzupassen und den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität, Eigenverantwortung und Kontrolle in ihrem Schuldenmanagement zu gewähren. Wir rufen die Mitgliedstaaten erneut zu nachhaltigen Investitionen in die Bildungssysteme auf, die als Grundlage für die parallele Bewältigung des ökologischen und digitalen Wandels gestärkt werden müssen. **Europa muss sowohl KMU und Initiativen im Bereich der Sozialwirtschaft** als auch eine breit angelegte Investitionspolitik in den Bereichen Ökologie, Digitalisierung und Industrie **unterstützen**, um eine bessere Lebensqualität für alle, höhere Löhne und gemeinsamen Wohlstand zu fördern. Die jüngsten Krisen haben deutlich gemacht, **dass wir uns bei vielen strategischen Produkten nicht ausschließlich auf den Außenhandel verlassen können**, sei es bei medizinischen Masken, Computerchips und Halbleitern, Autobatterien, medizinischen Produkten und Geräten, Energie, Cybersicherheit und Raumfahrt. **Europa braucht bis 2030 eine Strategie „Made in Europe“**. In der aktuellen Situation müssen wir bereit sein, mit einem europäischen Rettungsrahmen einzugreifen, um unsere Industrien, Unternehmen und KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, zu schützen. **Wir müssen unsere strategische Unabhängigkeit durch massive Investitionen in nachhaltige Energieträger, Innovationen und die Förderung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft stärken**. Die Wettbewerbspolitik sollte an diesen Zielen ausgerichtet werden.

Wir müssen in Forschung und Entwicklung in der EU investieren, die Kapitalmärkte erweitern und ein solides, integratives und zukunftsorientiertes Bankensystem schaffen, mit dem langfristige private Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel verstärkt werden können. Wir müssen die KMU stets gegen Missbrauch durch Monopole und marktbeherrschende Stellungen einiger weniger Großunternehmen schützen, die zu unlauterem Wettbewerb im Binnenmarkt führen, und gleichzeitig Maßnahmen gegen destruktive Spekulation und eine Überfinanzialisierung der Wirtschaft ergreifen. Wir müssen den Wettlauf nach unten beenden, der der Hauptgrund für die Verlagerung der Produktion dieser strategischen Güter aus der EU war. Europa muss seine Unternehmen auch vor extraterritorialen Gesetzen und Sanktionen schützen.

Nach der Finanzkrise ist es uns dank der Bemühungen unserer Parteienfamilie gelungen, Defizite bei der Regulierung des Finanzsektors zu beheben. Angesichts der Krise und grenzüberschreitender Herausforderungen sollten wir diese Errungenschaften schützen und gleichzeitig sicherstellen, dass unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu dient, soziale Gerechtigkeit, den ökologischen Wandel und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern sowie Resilienz und Wohlergehen, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu stärken. Wir kämpfen für eine gerechte, redistributive und progressive Steuerpolitik, eine expansive Haushaltspolitik und ein nachhaltiges Schuldenmanagement. **Wir kämpfen für einen gut regulierten Finanzsektor, für eine stärkere Harmonisierung der Steuerpolitik zur Vermeidung eines schädlichen Steuerwettbewerbs**, für die Einführung gemeinsamer Mindeststeuersätze für Unternehmen im Einklang mit dem OECD/G20-Übereinkommen und für mehr finanzielle Transparenz zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, Geldwäsche und Steueroasen **für die Ausweitung von Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit in bestimmten Steuerangelegenheiten**. Wir kämpfen für eine Wirtschaft, in der die Macht der Unternehmen unter Kontrolle gehalten wird und die Unternehmen zum Erreichen sozialer und ökologischer Ziele beitragen, insbesondere durch rechenschaftspflichtige und regulierte Formen der Unternehmensverantwortung und umfassende Sorgfaltspflichten. Dies sind notwendige Voraussetzungen, um den Sozialstaat zu finanzieren und Gleichheit und Wohlstand zu gewährleisten. Wir können nicht zulassen, dass durch den derzeitigen Inflationsdruck unsere Gesellschaften belastet werden, und die dadurch entstehenden Kosten dürfen nicht ungerecht verteilt werden. Unsere Antwort lautet stets Nachhaltigkeit und Solidarität, niemals Sparmaßnahmen und Rückschritt. Ein fortschrittliches Programm aus Investitionen, öffentlichen Maßnahmen und Steuergerechtigkeit ist der beste Weg, um unsere Volkswirtschaften für die Zukunft zu rüsten. Dies bedeutet

auch, dass die geltenden Regeln, insbesondere für das Europäische Semester und das europäische Wirtschaftssystem, auf den ökologischen und digitalen Wandel ausgerichtet sein müssen. Wir müssen die Ziele für nachhaltige Entwicklung in das neue Europäische Semester einbeziehen, damit es als treibende Kraft für Veränderungen auf dem Weg zu einem nachhaltigen, sozialen und integrativen Aufschwung dienen kann und den aktuellen und zukünftigen Anforderungen gewachsen ist. Wir brauchen auch eine starke und nachhaltige GAP und müssen die Wettbewerbs- und Beihilferegeln anpassen, um die europäische Souveränität in strategischen Bereichen zu stärken. Wir müssen unsere Widerstandsfähigkeit stärken und darauf vorbereitet sein, neue Krisen zu bewältigen und die Menschen zu schützen.

ÜBERGANG ZU DEMOKRATISCHEREN GESELLSCHAFTEN

Die Stärkung der Demokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben, vor denen die EU heute steht, und wir werden sie dabei weiterhin unterstützen und stärken, so wie wir es immer getan haben. **Alle Bürger*innen müssen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft haben. Wir kämpfen für offene,**

integrative, feministische, intersektionale und vielfältige Gesellschaften, die den sozialen Zusammenhalt fördern und frei von jeglicher Form der Diskriminierung sind, sei es aufgrund von Geschlecht, Sexualität, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, Behinderung oder deren Wechselwirkungen. Wir streben nach Gesellschaften, in denen Vertrauen in demokratische Institutionen herrscht und Chancengleichheit, Wohlstand und Sicherheit für alle gewährleistet werden, ohne die Rechte von Einzelpersonen zu beeinträchtigen. Wir unterstützen die Zivilgesellschaft und ihre stärkere Einbeziehung in die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft. Populistische nationale Regierungen bedrohen die Rechtsstaatlichkeit in der EU, die das Kernstück unserer europäischen Demokratie darstellt.

Wir werden die Rechtsstaatlichkeit weiterhin schützen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, indem wir den Konditionalitätsmechanismus unterstützen, mit dem europäische Finanzierungsmittel an die Einhaltung dieser Grundwerte geknüpft sind. Wir wollen eine demokratischere Union aufbauen, die mit allen verfügbaren Instrumenten wirksam gegen Regierungen vorgeht, die die Rechtsstaatlichkeit bedrohen. Dazu wollen wir die Rolle des Europäischen Parlaments stärken und die Europäische Kommission mit neuen wirksamen Instrumenten zum Schutz unserer Grundwerte ausstatten.



Der digitale Wandel hat reale und komplexe Auswirkungen auf fast alle Bereiche unserer Gesellschaft. Er führt auch zu neuen weltweiten Entwicklungen und Realitäten. Die EU kann und sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und eine digitale Revolution fördern, die mit unseren Grundwerten und Prinzipien im Einklang steht und bei der keine Menschen oder Gebiete abgehängt werden. Wir wollen nicht nur massive Investitionen in europäische digitale Infrastrukturen, Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekte fördern, sondern auch einen digitalen Raum schaffen, in dem der Schutz der Privatsphäre, die Sicherheit der Kinder, die Medienfreiheit, der Pluralismus und die Unabhängigkeit gewahrt sind. Die Entwicklung einer auf den Menschen ausgerichteten künstlichen Intelligenz muss so gestaltet werden, dass sie den Gesellschaften und Bürger*innen dient, ohne dass jedoch bestehende Klischees und Vorurteile reproduziert oder verstärkt werden. Mit dem Gesetz über digitale Märkte wird durch die Schaffung fairer Marktbedingungen endlich die Macht der „Big-Tech-Plattformen“ eingeschränkt, die Dienstleistungen bereitstellen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unerlässlich sind. Das Gesetz wird dafür sorgen, dass die Bürger*innen eine echte Auswahl an digitalen Diensten haben und ihre Rechte besser geschützt werden, z. B. durch das Verbot der Verbraucher-Manipulation durch „Dark Patterns“ oder die Einführung abschreckender Bußgelder. Mit dem Beginn eines neuen digitalen Zeitalters wollen wir einen sicheren digitalen Raum schaffen, in dem jeder vor Cyberkriminalität geschützt ist, einschließlich Frauen, Kinder, ältere Menschen, Journalisten und Hinweisgeber, und in dem gleichzeitig die Sicherheit im Internet mit dem Schutz unserer Grundrechte im Einklang steht. Wir müssen sicherstellen, dass soziale Medienplattformen ordnungsgemäß reguliert werden und das Recht auf Zugang für alle gewährleistet ist, während gleichzeitig bei grundlegenden Diensten auch nicht-digitale Alternativen für alle, insbesondere für Ältere und Menschen mit Behinderungen, bereitgestellt werden müssen. **Um die digitale Kluft zu überwinden, müssen wir dafür sorgen, dass alle über die Mittel und Kenntnisse zur Nutzung digitaler Dienste verfügen**, gleichzeitig aber auch die sozialen Kontakte der Menschen als wichtige Voraussetzung für eine starke und gleichberechtigte Gesellschaft gefördert werden. Wir wollen den digitalen Zusammenhalt in einer Welt des Wandels fördern und betrachten den Zugang zu angemessenen digitalen Infrastrukturen als ein Grundrecht.

Wir wollen Demokratie und bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen fördern, von den lokalen und regionalen bis hin zu den nationalen und europäischen Wahlen. Mit der Konferenz über die Zukunft Europas hat die EU eine umfassende Konsultation ihrer Bürger*innen eingeleitet, die den Auftakt für einen Umgestaltungsprozess gab, bei dem die Bürger*innen im Mittelpunkt

stehen. **Angesichts der neuen geopolitischen Realitäten muss die EU erweitert, geschlossener und stärker werden. Für eine gute Funktionsweise der EU müssen Änderungen vorgenommen werden, zu denen u.a. Mehrheitsbeschlüsse in bestimmten Politikbereichen und eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments bis hin zu einem Initiativrecht gehören.** Wir müssen daher prüfen, inwieweit die Verträge und die Funktionsweise unserer Institutionen angepasst werden müssen, um eine echte europäische Souveränität zu erreichen, die soziale Gerechtigkeit und unsere europäischen Werte zu fördern, Europa nachhaltiger und gleichberechtigter zu machen und die Rolle der EU in der Welt zu stärken. Dazu sollte ein Konvent eingeleitet werden, der sich um ausreichende Unterstützung bemüht, damit gegebenenfalls Änderungen in den Verträgen vorgenommen werden können. **Wir müssen eine echte Debatte über die Modernisierung des Aufbaus und der Entscheidungsprozesse der EU führen**, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit sowie die Position der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der Welt zu stärken. Gleichzeitig wollen wir **das Schengener Abkommen als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union schützen und fördern und den Beitritt von Rumänien, Bulgarien und Kroatien ohne weitere Verzögerung ermöglichen.** Der Krieg hat deutlich gemacht, dass Europa Instrumente bereithalten muss, um schnell, entschlossen und transparent handeln zu können. Dazu gehören effizientere Entscheidungsprozesse und auch ein gradueller Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in bestimmten Bereichen der gemeinsamen Außenpolitik. Wir sind stolz auf die positiven Veränderungen, die wir in der aktuellen europäischen Mandatsperiode mit unseren Kommissaren, unseren gewählten Vertretern in der S&D-Fraktion und unseren Regierungen im Rat auf den Weg bringen. Bei allen Herausforderungen der letzten Jahre haben wir uns als Sozialdemokrat*innen für Entscheidungen stark gemacht, bei denen die Menschen im Mittelpunkt stehen. **Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und mit Blick auf die nächsten Europawahlen einen aktiven Wahlkampf mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten führen. Wir wollen die Diskussion über europäische länderübergreifende Listen** aufgreifen, mit denen eine ausgewogene Vertretung aller 27 Mitgliedstaaten sichergestellt wird, um eine bessere Vertretung der EU-Bürger*innen zu erreichen, die größte Fraktion im Europäischen Parlament zu werden und einen fortschrittlichen Kommissionspräsidenten und mehr fortschrittliche Führungskräfte für die EU-Institutionen zu stellen.

Es gibt keine wirkliche Demokratie, wenn keine echte Gleichstellung der Geschlechter besteht. Der Kampf der Feministinnen ist Kernstück unserer politischen Bewegung und wir sind stolz darauf, dass unsere Parteienfamilie die EU-Strategie zur



MIT
MUT
FÜR EUROPA

PES
SOCIALISTS &
DEMOCRATS

Gleichstellung der Geschlechter und die EU-Pflegestrategie auf den Weg gebracht, die Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten verteidigt, und auf **eine Annahme einer wirksamen Richtlinie zur Lohntransparenz** drängt. Wir kämpfen weiterhin für eine paritätische Demokratie mit gleichberechtigter und wirksamer Vertretung und Beteiligung auf allen Ebenen der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse, unter anderem durch die Einrichtung einer formellen Ratsformation für Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung. Gerade in Krisenzeiten müssen Frauen an allen Lösungen beteiligt sein und mit am Verhandlungstisch sitzen. Deshalb wollen wir auch eine feministische Außenpolitik. Wir kämpfen gegen patriarchalische Strukturen, in denen geschlechtsbezogene Klischees und Vorurteile fortgesetzt werden, und für **die Beseitigung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, unter anderem durch die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie die Umsetzung der Istanbul-Konvention**. Wir fordern weiterhin die Erfüllung der in der Gleichstellungsstrategie 2020-2025 festgelegten Ziele und die Aufnahme geschlechtsspezifischer Gewalt in die Liste der EU-Straftatbestände. In dem Europa, das wir aufbauen, können alle Menschen ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und ihre Rechte ohne sexuelle Ausbeutung in vollem Umfang genießen. **Sie haben ein Recht auf Sexual- und Beziehungserziehung, auf legalen, sicheren und erschwinglichen Zugang zu Verhütungsmitteln, auf Betreuung bei Abtreibung und bezahlbare Menstruationsprodukte**. In Anbetracht des zunehmenden Widerstands gegen das Recht der Frauen, über einen Schwangerschaftsabbruch selbst zu entscheiden, schließen wir uns der nachdrücklichen Forderung des

Europäischen Parlaments an, ein Recht auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte aufzunehmen. Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung oder Identität hat ebenfalls keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft. Wir werden weiterhin für die uneingeschränkten Rechte von LGBTI-Personen kämpfen. Wir setzen uns für eine feministische Wirtschaft ein, für ein System der Gleichberechtigung für Frauen und Männer, bei dem der Mensch Priorität gegenüber wirtschaftlichem Gewinn hat. Wir brauchen eine starke Vereinbarung über Pflegedienste in Europa, die auf der Europäischen Pflegestrategie aufbaut, fortschrittliche Ansätze verfolgt und die Pflege als Recht und Grundpfeiler unserer Gesellschaft anerkennt. Gleichzeitig muss das Problem gelöst werden, dass die informelle Pflege fast ausschließlich von Frauen übernommen wird. Im Pflegebereich müssen die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für alle gesichert und geschlechtsspezifische Lohn- und Rentengefälle beseitigt werden. Es müssen zudem die zentrale Bedeutung der Pflege für das Leben aller Menschen anerkannt und nachhaltige und qualitativ hochwertige Pflegeinfrastrukturen sowie öffentliche Dienstleistungen für alle gewährleistet werden. Ohne Pflege gäbe es keine Wirtschaft, keine Gesellschaft, keine Politik und keine Kultur. Ein feministisches Europa bedeutet auch, einen geschlechter-sensiblen Ansatz bei den Konjunkturmaßnahmen zu verfolgen und Gleichstellungsaspekte bei der Haushaltsplanung und Politikgestaltung auf allen Regierungsebenen, auch beim ökologischen und digitalen Wandel, zu berücksichtigen. Es beinhaltet zudem, auf die unterschiedlichen Auswirkungen zu reagieren, von denen Frauen und Männer in Krisen betroffen sind.

PES

SOCIALISTS &
DEMOCRATS

**MIT
MUT** 
FÜR EUROPA

IV.

EIN EUROPÄISCHER IMPULS FÜR UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT

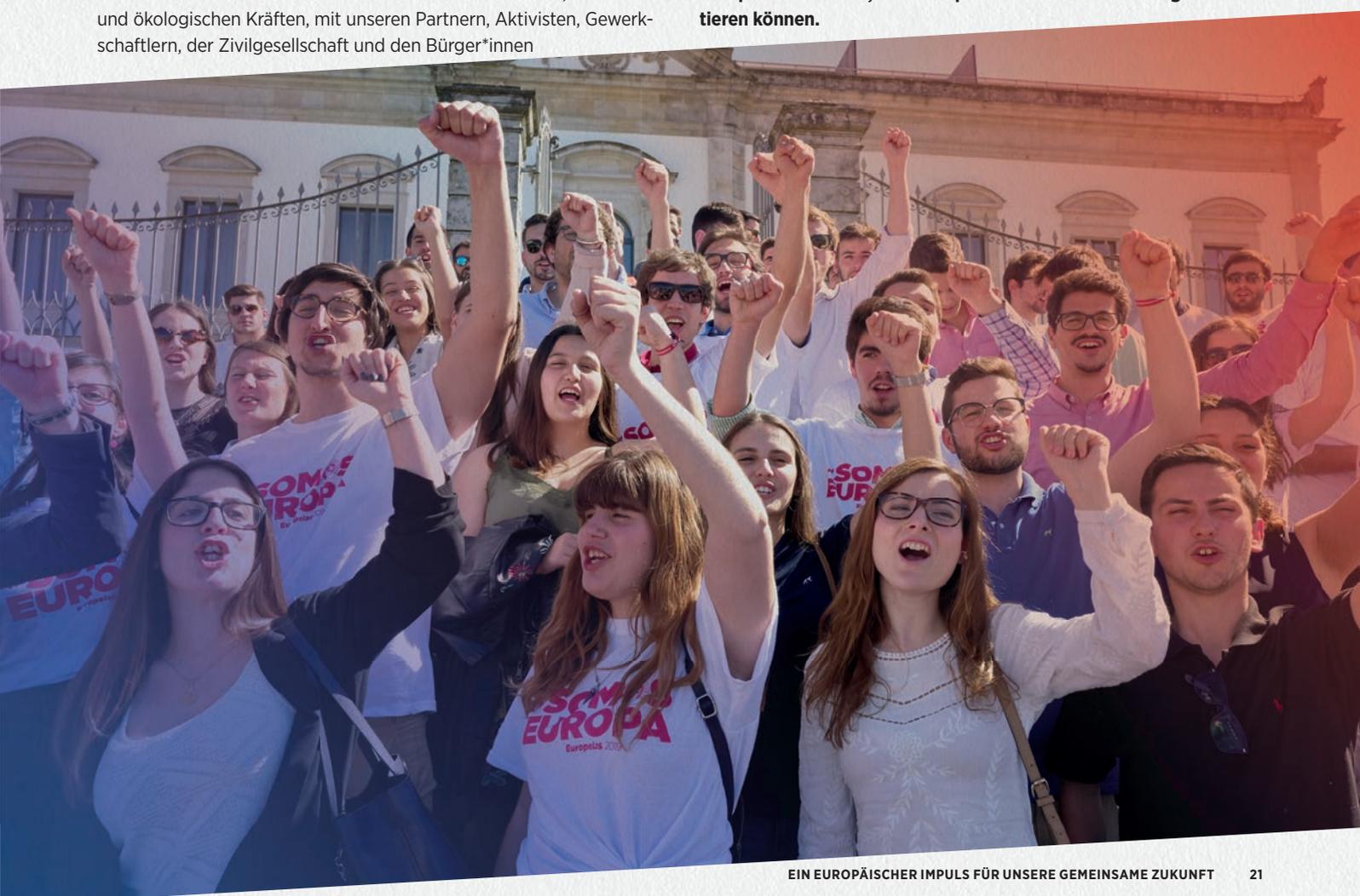
Im Laufe unserer Geschichte haben wir uns nie geschämt, die notwendigen Veränderungen zur Verwirklichung unserer Ideale herbeizuführen. Im Gegensatz zu anderen spielen wir nicht mit den Ängsten der Menschen und überlassen auch nicht das Schicksal und das Wohlergehen der Bürger*innen den Märkten. **Die SPE ist die Partei für fortschrittliche Lösungen und Reformen, der Motor für positive Veränderungen, bei denen die Bürger*innen begleitet werden.** Unser Handeln beruht auf den Grundsätzen unserer politischen Bewegung: Solidarität, Sozialpolitik, Nachhaltigkeit, Wohlergehen, Feminismus, Demokratie und Gerechtigkeit. **Eine zentrale Aufgabe der Politik besteht darin, Veränderungen zu gestalten, vor auszuplanen und dafür zu sorgen, dass alle davon profitieren.** Dies ist unsere Position als Sozialdemokrat*innen.

Es gibt zurzeit viel Unterstützung für ein starkes Europa, das dem Wohl aller dient. Die Konferenz über die Zukunft Europas hat eine Debatte über die Zukunft unserer Union ausgelöst. Wir sind bereit, diese Diskussionen und globalen Herausforderungen aufzugreifen, um die Menschen für **unsere Vision einer EU** zu gewinnen, **die immer mehr durch eine soziale, demokratische, feministische, nachhaltige und bürgernahe Politik geprägt wird.** Dabei müssen wir sicherstellen, dass die EU über alle erforderlichen Befugnisse und Instrumente verfügt, um auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen angemessen reagieren zu können.

Als Mitglieder der SPE haben wir gemeinsam eine zutiefst europäische Partei geschaffen, die auf unseren gemeinsamen Werten basiert und mehr als die Summe ihrer einzelnen Bestandteile ist. **In der SPE haben wir einen europäischen Raum für die Entfaltung der Sozialdemokratie geschaffen, in der alle Akteure zusammenwirken, die sich in Europa für die Sozialdemokratie engagieren: Regierungs- und Oppositionsparteien, unsere Parlamentarier, Kommissare, Minister, Staats- und Regierungschefs, unsere Vertreter auf lokaler und regionaler Ebene sowie unsere Freunde in den Gewerkschaften und Aktivisten der Zivilgesellschaft.** Wenn uns die Pandemie und der Krieg in den letzten Jahren etwas gezeigt haben, dann ist es die Erkenntnis, dass wir durch Einigkeit, Koordination und Solidarität innerhalb unserer Parteienfamilie stärker geworden und besser in der Lage sind, uns erfolgreich für die Verbesserung des Lebens der europäischen Bürger*innen einzusetzen. Die Bürger*innen vertrauen auf unsere fortschrittliche und europäische Agenda, die echte Lösungen und Hoffnung bietet, und setzen nicht auf die falschen Versprechen der Populisten. Als führende fortschrittliche Kraft in Europa muss sich unsere Parteienfamilie mit den fortschrittlichen, sozialen und ökologischen Kräften, mit unseren Partnern, Aktivisten, Gewerkschaftlern, der Zivilgesellschaft und den Bürger*innen

zusammenschließen, um den Wandel pro-europäisch zu gestalten. Dank der zahlreichen Wahlerfolge auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene konnten wir unsere Politik in die Tat umsetzen. **Wir schaffen eine bessere Gegenwart und eine bessere Zukunft für alle in Europa.** Wir werden die Sozialdemokratie überall auf unserem Kontinent im Geiste der Zusammenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements weiter stärken.

Wir leben in schwierigen Zeiten und deshalb ergreifen wir alle geeigneten Maßnahmen, um die europäischen Bürger*innen zu schützen und zu stärken. Wir werden die positive Arbeit, die wir für Millionen von Europäer*innen leisten, in der verbleibenden Zeit dieser europäischen Mandatsperiode fortsetzen und alle Europäer*innen bei der Bewältigung der zahlreichen aktuellen Herausforderungen begleiten. **Gemeinsam und geschlossen bereiten wir uns auf die nächste Europawahl im Jahr 2024 mit dem Ziel vor, das wir als führende Parteienfamilie in Europa daraus hervorgehen, damit wir den Bürger*innen in einem sozialen, nachhaltigen und fairen Europa mehr Schutz, mehr Respekt und mehr Gleichheit garantieren können.**







PES

SOCIALISTS &
DEMOCRATS



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium Vooruit



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic
ČSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD



Italy PSI



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg
LSAP



Malta Labour



Netherlands
PvdA



N. Ireland SDLP



Norway LP



Poland UNIA
PRACY



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

Party of European Socialists (PES)

10-12 Rue Guimard

1040 Brussels

Belgium

T +32 2 548 90 80

info@pes.eu

Diese Publikation wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt. Die alleinige Verantwortung liegt beim Autor, und das Europäische Parlament ist nicht verantwortlich für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.

Berlin, 14-15 Oktober 2022

AISSL-BBCE-N 0897.208-032